Heute „Moden-Spiegel" * „Kunst-Spiegel"

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 20 Pfennig.

Erscheint wöchentlich zweimal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel" mit „Kunstspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „U.T.K.", „Haus Hof Garten" mit „Jugendspiegel", „Jede Woche Musik". Bezugspreis: wöchentl. 1,25, monatl. 5,50 R.M. einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 R.M. monatl. exkl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch d. Hauptexped. u. die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, d. Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46–49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 3440–3455, für den Fernverkehr 4207–4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla", Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 324. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1.20 R.M. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Nathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 546; Mühlenstraße 69; Fidicinstraße 3; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Grenzstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Kaiserdamm 2; Kantstraße 34; Schartenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee: Grunewald: Hektorstraße 2; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Pankstraße 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 253
Ausgabe für Berlin

55. Jahrgang
Dienstag, 1. Juni 1926

Warum Pilsudski ablehnte.

Die neuen Präsidentschaftskandidaten.

Die Kampfansage der Rechten an Pilsudski.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Warschau, 31. Mai.

Die Nachricht von dem Beschluß Pilsudskis, die Wahl zum Staatspräsidenten nicht anzunehmen, rief unter den Mitgliedern der Nationalversammlung starke Erregung hervor. Sejmmarschall Rataj und der Ministerpräsident Bartel versuchten den Marschall Pilsudski zur Annahme der Wahl zu bewegen; der Marschall blieb jedoch fest. Pilsudski sah seine heutige Wahl zum Staatspräsidenten nur als einen Akt der Legalisierung seines Staatsstreiches vom 12. Mai an und hat sich darum als Kandidat aufstellen lassen. Doch will er keine politische Stellung mehr bekleiden, sich vielmehr ganz und ausschließlich, wie gleichfalls schon vor einigen Tagen berichtet, den militärischen Arbeiten widmen und vor allem eine große Reorganisation der Armee durchführen. Als neue Kandidaten der Linken und des Zentrums gelten der Professor der Lemberger Polytechnik und jetzige Direktor der Stickstoffwerke in Chorzow (Polnischoberschlesien) Ignatz Moscicki und der Wilnaer Universitätsrektor Marjan Zdziechowski. Beide sind Kompromißkandidaten, der Letztgenannte hat mehr Aussichten. Die neue Staatspräsidentenwahl wird morgen vormittag zehn Uhr erfolgen. Wahrscheinlich wird die Rechte weiße Zettel abgeben.

Der wichtigste der Gründe, die den Marschall Pilsudski zu der Nichtannahme der Wahl bewogen haben, ist der, daß er **in der Aufstellung des Gegenkandidaten der Rechtsparteien, des Posener Woiwoden Grafen Bninski eine unerbittliche Kampfansage und Provokation** sah. Diese Stellung der Rechten durfte er nicht auf die leichte Schulter nehmen. Der Kompromißkandidat soll die weit auseinandergehenden Meinungsverschiedenheiten, die Abgründe zwischen rechts und links überbrücken. Uebrigens hätte sich Pilsudski mit dem Amt des Staatspräsidenten, das nur rein repräsentativ ist, nicht benügt. Er ist hauptsächlich Soldat und sieht seine Aufgabe in der Reorganisation des Heeres, die seiner Ansicht nach dringend notwendig ist. Als Staatspräsident hätte er sich dieser Aufgabe nicht widmen können. In Polen ist aber niemand, der ihn als Reorganisator des Heeres ersetzen könnte, dagegen kann er als Staatspräsident wohl ersetzt werden. Als Pilsudski vor zwei Tagen für eine bedeutende Erweiterung der Rechte des Staatspräsidenten eintrat, als er der Nation mit der Peitsche drohte, war schon daraus zu ersehen, daß er nicht mehr für sich selbst sprach. Pilsudski als Staatspräsident wäre übrigens keine ausgleichende Persönlichkeit, vielmehr hätte er nur zur Vertiefung der Gegensätze zwischen rechts und links beigetragen. Er hätte wider seinen Willen die Diktatur einführen müssen, denn die Rechte hätte ihm auf jeden Schritt und Tritt die Arbeit erschwert, um ihn im gegebenen Augenblick zum Henker des polnischen Volkes zu stempeln. Pilsudski hat am eigenen Leibe erfahren müssen, wie leicht wandelbar die Volksgunst ist. Bald wäre die Liebe und Verehrung der breiten Masse zu ihm erkaltet und morgen wären diejenigen von ihm abgefallen, die heute noch auf ihn schwören. Wer Polen sanieren und wer Polen eine Zukunft schaffen will, muß tausend Widerstände beseitigen, die in der Natur der Dinge und dem Charakter der polnischen Nation liegen. Pilsudski hätte die strengsten Maßnahmen auf politischem, finanziellem und sozialem Gebiet durchführen müssen, die ihn bald bei der Menge unpopulär gemacht hätten. Es hätten sich Fanatiker gefunden, die ihn gern beseitigt hätten, wie sie den einstigen Präsidenten Narutowicz ermordet haben, nur weil er seine Wahl zum Staatspräsidenten den nationalen Minderheiten zu verdanken hatte. Schon darum, weil Pilsudski den durchaus notwendigen Staatsstreich unternommen hat, haben ihm die Rechtskreise Todfeindschaft geschworen und sie hätten, wenn er die Wahl zum Staatspräsidenten angenommen hätte, gewiß nicht geruht, bis sie ihn auf irgendeine Weise beseitigen konnten. Wohl hat man in Rechtskreisen den Staatsstreich Mussolinis und die Revolutionen der verschiedenen Militärdiktatoren im Ausland gepriesen und für Polen sehr nachahmenswert gehalten, aber nicht von Pilsudski ausgehend.

Heute erst erkennt man, warum Pilsudski den historischen Marsch auf Warschau angetreten hat, nämlich um der von rechts angestrebten fascistischen Taktik vorzubeugen. Er hat also die Demokratie und den Parlamentarismus Polens vor dem Untergang bewahrt und hat sein Ziel voll erreicht. Pilsudskis Verzicht war eine Staatsnotwendigkeit. Denn er wäre den Rechtsleuten gegenüber als Präsident immer der Gesetzesverächter und Hochverräter gewesen. Jetzt aber hat die Mehrheit der Nationalversammlung seinen Staatsstreich legalisiert, und die Rechtsparteien müssen ihren Kampf gegen Pilsudski aufgeben. Wäre jedoch eine Lösung des Minderheitenproblems unter Pilsudski vorgenommen worden, so hätte die Rechte diese vernünftige Politik als Staatsverbrechen ausgelegt. Desgleichen hätte man jegliche Anbahnung besserer Beziehungen zu Deutschland bekämpft.

*

In einem gestern von uns wiedergegebenen W. T. B.-Telegramm aus Warschau über Pilsudskis Ablehnung der Wahl zum Staatspräsidenten war von dem jetzigen Präsidentschaftskandidaten Professor Moscicki gesagt worden, er gehöre dem Vorstand des „jüngst im Haager Prozeß Polen zugesprochenen Stickstoffwerkes Chorzow" an. Das Wolffsche Telegraphenbureau ist hier einem Irrtum zum Opfer gefallen, denn, wie wir in unserer Morgenausgabe vom 26. Mai berichtet haben, hat der Haager Gerichtshof entschieden, daß Polen die Stickstoffwerke von Chorzow, die den Bayerischen Stickstoffwerken gehören, widerrechtlich in Besitz genommen hat.

Coolidge zur Kriegsschuldfrage.

„Das Weiterrüsten aller Nationen war schuld!"

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

Washington, 31. Mai.

Daß das Staatsoberhaupt eines Landes, das im Weltkriege gegen Deutschland gestanden hat, sich zur Frage der Kriegsschuld in einem Sinne äußern könnte, der dem von allen unparteiischen Historikern vertretenen Standpunkt in erfreulicher Weise gerecht wird und jedenfalls mit der Versailler These kaum zu vereinbaren ist — dieser bemerkenswerte Fortschritt ist heute mit einer Rede des Präsidenten Coolidge anläßlich des Gedenktages für die Toten des Weltkrieges bei einer Feier im nationalen Ehrenfriedhof zu Arlington zu verzeichnen. Der Präsident beschäftigte sich in seiner Ansprache vorwiegend mit der Friedenspolitik der amerikanischen Regierung, die sich in der Welt durchsetzen solle, zur Förderung der Wohlfahrt aller Völker. In diesem Zusammenhange kam der Präsident auf die Erfahrungen während des letzten großen Krieges zu sprechen, und wir finden folgende wichtige Feststellung: **„Kein Beobachter kann bezweifeln, daß es in großem Maße die wirtschaftliche Lage Europas war, die jene überlasteten** (gemeint ist mit militärischen Rüstungen überlasteten) **Völker kopfüber in den Weltkrieg trieb, sie waren mit der Aufrechterhaltung des Wettrüstens beschäftigt."** Der Präsident führte diesen Gedanken dann im einzelnen aus, um nachzuweisen, wie dringend notwendig die Schaffung von Garantien gegen die Wiederkehr einer solchen Katastrophe sei.

Präsident Coolidge erweist der Sache des Friedens einen großen Dienst, indem er mutig einen so unparteiischen Standpunkt in der Kriegsschuldfrage einnimmt und das Wettrüsten **aller**, die etwa nur der deutschen Regierung, als eine, wenn nicht die wesentliche Ursache der Tragödie von 1914 hinstellt!

Madrider Verstimmung.

Weil Abd-el-Krim sich den Franzosen ergeben hat.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Madrid, 31. Mai.

Auf die Nachricht von der Uebergabe Abd-el-Krims ist in diesen zwei Tagen das Pfund Sterling im Kurse erheblich gefallen und zwar auf einen Stand, wie ihn die englische Währung seit 1923 nicht mehr inne gehabt hat. Das ist ein Zeichen, wie schwer der Marokkokrieg auf dem wirtschaftlichen Leben des Landes gelastet hat. Aber das ist auch das einzig erfreuliche Symptom. Sonst ist von einem Siegestaumel noch nichts zu merken, und die Madrider Presse tut, was sie kann, um diesem Enthusiasmus vorzubeugen. Unzweifelhaft sind die Spanier enttäuscht darüber, daß der Kabylenführer sich nicht ihnen, sondern den Franzosen ergeben hat. Sie wollen dies Gefühl nicht eingestehen, aber man hört es überall heraus, und in manchen Zeitungsartikeln verrät es sich. „Wir hätten ihn gern in unsere Hände bekommen", schrieb ein Blatt. Abd-el-Krim hat von dieser Stimmung gewußt. Es liegt zwischen ihm und den Spaniern mehr vergossenes Blut als zwischen ihm und den Franzosen. Die Franzosen hegen keine Rachegefühle. Deshalb ging er zu ihnen. Auch mag ihn der Gedanke geleitet haben, daß es sicherer ist, sich einem parlamentarisch regierten Staate anzuvertrauen, wo eine radikale Mehrheit dafür sorgt, daß dem gefallenen Gegner nichts geschieht. Das alles hat hier verstimmt. Die Franzosen holten sich den schönen Erfolg, die spanischen Truppen aber werden noch lange an dem glanzlosen Feldzug zu arbeiten haben. Gestern, Sonnabend, wollte der französische Botschafter den Kriegsminister besuchen; er wartete eine Stunde und zog dann wieder ab, weil der Kriegsminister nicht zu finden war.

Personalien.

T. W. In einer Hauptstadt, mitten in Europa, ist der deutsche Gesandte, ein fähiger und beliebter Mann, durch jene vorgesetzte Gewalt abberufen worden, die uns alle eines Tages in den Ruhestand verweist, und der Posten ist nun frei. Die Stadt ist schön, die Bevölkerung liebenswürdig, künstlerisch und uns freundschaftlich gesinnt, und der deutsche Diplomat findet interessante Aufgaben, obgleich der blaue Strom dort nicht der ewig aufgeregte Strom hochgehenden politischen Lebens ist. Natürlich wird der Posten von vielen, von geeigneten und von ungeeigneten Personen begehrt. Da in der diplomatischen Karriere die Zahl der guten Gelegenheiten besonders klein ist, muß um jeden leeren Platz ein ähnliches Gedränge, wie in Berlin um eine billige Fünfzimmerwohnung, entstehen. Es soll hier keineswegs von den brillant empfohlenen Kandidaten und von denen, die sich selbst empfehlen, gesprochen, sondern nur auf eine Auswahlmethode hingewiesen werden, die gar nicht empfehlenswert erscheint. Man behauptet, vielleicht mit Unrecht, eine große Partei wünsche, daß der neue Gesandte aus ihren Reihen genommen werde, weil der Vorgänger ihr Mitglied gewesen und diese Gesandtschaft also gewissermaßen ihr Eigentum sei. Uebelwollende Gegner pflegen dieser Partei einen besonders zähen Eifer in Personalfragen nachzusagen, aber es liegt durchaus kein Grund vor, zu glauben, sie betrachte eine diplomatische Außenstellung als ein erobertes und für alle Zeiten annektiertes Gebiet. Dann darf aber auch bei der Besetzung keine Rücksicht auf solch haltloses Gerede genommen werden, und man darf nicht, um angebliche Ansprüche durch ein Kompromiß zu erledigen, irgendeinen aussuchen, der halb als Parteimann gelten könnte und ein Viertel der notwendigen Kapazität besitzt. Es ist klar, oder sollte doch klar sein, daß die staatstreuen, für die Staatspolitik verantwortlichen Parteien, und sie allein, in möglichst gleicher Weise das Recht und die Pflicht haben, dem Staate tüchtige Beamte zur Verfügung zu stellen. Aber jene Familienprivilegien, die im wilhelminischen Zeitalter ausschlaggebend waren und noch heute gerade in der Diplomatie allzuviel gelten, können nicht durch übertriebene Parteiprivilegien ersetzt werden, und die Republik kennt, bei der Auswahl ihrer Vertreter, kein Erbschaftsrecht.

Mit einer gewissen Berechtigung wird immer wieder über den Mangel an diplomatischem Nachwuchs geklagt. Aber dem Uebel ist nicht abzuhelfen, solange man sich an einigen peinlichen Ursachen vorbeidrückt und die diplomatische Kunst elend bezahlt. Allerdings, die Herren, die den Botschaften, Gesandtschaften und Konsulaten draußen angehören, erhalten jetzt bessere Gehälter oder Zuschüsse und dürfen einigermaßen zufrieden sein. Sie sind immerhin freigebiger ausgestattet als beispielsweise die amerikanischen Kollegen, die freilich meistenteils über Privatdollars verfügen, und nur schlechter als das diplomatische Korps einiger kleineren und neueren Staaten, denen der Glanz ihrer Attachés zweifellos Bewunderung und Sympathien verschafft. Aber in der Zentrale, in Berlin, im Auswärtigen Amte, sehen die Dinge anders aus. Der Staatssekretär hat hier, nach Abzug der Steuern, etwas über zwanzigtausend Mark jährlich, der Ministerialdirektor siebzehntausendvierhundert, der Abteilungsdirigent durchschnittlich vierzehn- oder fünfzehntausend, der Vortragende Rat zwölftausend, und der Legationsrat wird, im höchsten Falle, mit neuntausendsechshundert abgespeist. Es geht, ganz unsinnig, nach dem Besoldungsschema, das für die einzelnen Beamtenklassen in allen Ministerien üblich ist. Wie kann man den Verbrauch eines Geheimrats im Postministerium, oder in einer anderen Behörde, mit der Lebensführung vergleichen, zu der das diplomatische Geschäft die Herren des Auswärtigen Amtes zwingt? Sie müssen mit den fremden Botschaften und Gesandtschaften verkehren, Kleidung, Haushalt und Lebensstil danach einrichten, täglich gesellschaftliche Pflichten erfüllen und gesellschaftliche Höflichkeiten erwidern, zahllose Gäste aus dem Auslande freundlich aufnehmen, und das alles, oft genug mit Frau und Kindern, für monatlich zwölfhundert, tausend oder noch weniger Mark. Es gibt, für den Minister des Aeußern und für alle zusammen, einen Fonds von fünfzigtausend Mark, aus dem die Kosten der feierlichen Diners, Frühstücke und Empfänge gedeckt werden sollen, aber die Summe ist winzig, verglichen mit der Fülle der Verpflichtungen, und schließlich ist doch die Rechnung der Köche nur eine Einzelheit im Ausgabenbuche, gehört zum Essen doch auch der Tisch, zum Tisch die Wohnung, zur Wohnung der übrige Apparat. Die ganze Unterscheidung zwischen dem Diplomaten draußen und dem in der Heimat ist töricht und ungerecht. In Berlin ist das Leben heute kostspieliger als in vielen anderen Hauptstädten, der Minister des Aeußern und der Staatssekretär müssen eine weit ausgedehntere Gastlichkeit ausüben als der gastfreieste Botschafter, der beliebteste Gesandte, und nur sehr wenige deutsche Botschaftsmitglieder in der Fremde haben, in dieser Zeit nach dem Kriege, so viel Beziehungen zu pflegen wie hier ein Abteilungsdirigent oder ein Vortragender Rat. Das Resultat von alledem? Fast alle, die nicht mit Gütern